

## ■ SCHADENVERSICHERUNG DÄMPFT 2000 ERTRAGSLAGE DER VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

*Die Prämieinnahmen der privaten Versicherungswirtschaft stiegen 2000 um nahezu 7%. Diese Entwicklung geht auf das nach wie vor florierende Lebensversicherungsgeschäft zurück. In der Kranken- und in der Schaden-Unfallversicherung konnten durch Preisanhebungen Umsatzzuwächse erzielt werden. Trotz der Prämiensteigerung sank das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wegen des ungünstigen Schadenverlaufs in der Sachversicherung um fast die Hälfte.*

Das Prämienwachstum der privaten Versicherungswirtschaft schloss 2000 an das erfolgreiche Vorjahr an, abermals verzeichneten alle Versicherungsabteilungen eine Umsatzsteigerung. Nach wie vor ist die Lebensversicherung der Motor der Branche. Mit einem Prämienzuwachs von einem Achtel wurde der Anteil der Prämieinnahmen aus dem Lebensversicherungsgeschäft auf nahezu 41% gesteigert. Die Rahmenbedingungen der privaten Versicherungswirtschaft waren im Jahr 2000 ähnlich wie im Vorjahr durch das hohe Bedürfnis privater Haushalte nach kapitalgedeckten Vorsorgeprodukten, den immer noch beachtlichen Renditeabstand von Lebensversicherungsprodukten zu alternativen Ertragsmöglichkeiten auf dem Anleihemarkt, die Stagnation im Krankenversicherungsgeschäft und die harten Wettbewerbsbedingungen in der Schadenversicherung geprägt. Trotz der guten Umsatzentwicklung hatte eine Zunahme der Leistungen im Bereich der Schadenversicherung eine Verschlechterung der Ertragslage in der privaten Versicherungswirtschaft zur Folge.

Die Steigerung der Versicherungsdurchdringung auf den zweithöchsten Wert seit 1945 gelang nur durch die weiterhin lebhaft entwickelte Entwicklung des Lebensgeschäftes. In den beiden anderen Versicherungsabteilungen erhöhten sich die Prämieinnahmen schwächer als das nominelle Bruttoinlandsprodukt (Übersicht 1). Für 2001 erwartet der Verband der österreichischen Versicherungsunternehmen eine leichte Beschleunigung des Prämienwachstums auf 7,2%, die vor allem durch die anhaltend starke Zunahme im Lebensgeschäft (2001 +11,%) geprägt sein sollte. Sowohl in der Krankenversicherung (+3,4%) als auch im Bereich Schaden–Unfall (+3,9%) sollen die Prämieinnahmen 2001 weiter an Dynamik gewinnen. Diese Vorhersagen beruhen aber noch auf den gesamtwirtschaftlichen Prognosen vom Sommer des laufenden Jahres und be-

Begutachtung: Josef Baumgartner •  
Wissenschaftliche Assistenz: Ursula  
Glauninger • E-Mail-Adressen:  
Thomas.Url@wifo.ac.at,  
Ursula.Glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebens- versicherung	Kranken- versicherung	Schaden- und Unfallver- sicherung	Versiche- rungsdurch- dringung <sup>1)</sup>
	Mio. S	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
1996	163.437	37,2	9,6	53,2	5,9
1997	156.226	32,7	9,8	57,5	5,4
1998	159.071	35,5	9,6	54,8	5,4
1999	170.896	38,6	9,1	52,3	5,5
2000	182.381	40,7	8,8	50,6	5,6

Q: Bundesministerium für Finanzen, Statistik Austria. – 1) Berechnung auf Basis verrechneter direkter, inländischer Prämien.

rücksichtigen daher nicht die Folgen des Terroranschlags vom 11. September und die aktuelle Prognoserevision. Aus dem Terroranschlag in New York werden die heimischen Versicherer voraussichtlich mit Schadenzahlungen von etwa 20 Mio. S belastet (Der Standard, 4. Oktober 2001). Aus Sicht des WIFO ergibt sich für die Verbandsprognose aus der Eintrübung der Konjunktur wenig Korrekturbedarf.

Die Entwicklung des österreichischen Versicherungsmarktes entspricht damit den internationalen Rahmenbedingungen. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft beschreibt in der Versicherungsrundschau (11/2000) für den sehr gut vergleichbaren deutschen Markt ein ähnliches Bild, und die Schweizer Rück betont in ihrer Übersicht über den internationalen Versicherungsmarkt 1999 ebenfalls den Gegensatz zwischen florierendem Lebensgeschäft und vergleichsweise verhaltenem Nicht-Lebensgeschäft (Schweizer Rück, 2000B).

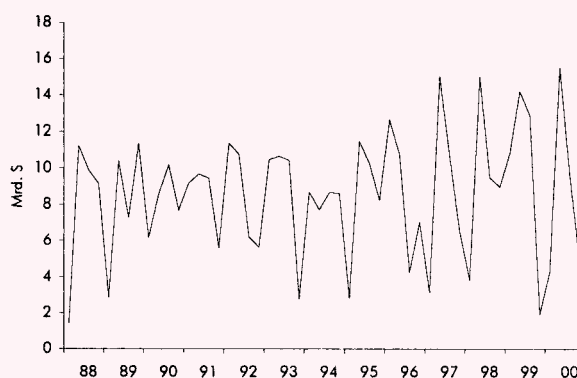
Einzig in Ost-Mitteleuropa verzeichnet das traditionelle Schadengeschäft hohe Prämienzuwächse und eine zufriedenstellende Ertragslage. Einige österreichische Versicherungsunternehmen konnten durch den frühen Einstieg in diesen Markt einen Wettbewerbsvorteil erzielen und ihren Marktanteil steigern. Die Gewinnlage der österreichischen Muttergesellschaften wurde durch diese Strategie allerdings noch nicht verbessert.

**WIFO BERECHNET VIERTELJÄHRlich WERTSCHÖPFUNG DER PRIVATEN VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT**

Die reale Wertschöpfung der „sonstigen Versicherungswirtschaft“ war gemäß der vorläufigen Rechnung des WIFO im Jahr 2000 deutlich rückläufig (-14%). Zu den sonstigen Versicherungen zählen die private Versicherungswirtschaft, die kleinen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die Pensionskassen. Das WIFO berechnet quartalsweise sowohl den Brutto- als auch den Nettoproduktionswert für diesen Wirtschaftssektor entsprechend den neuen Vorschriften des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 1995).

Die Daten wurden bis 1988 zurückgerechnet. Die Berechnungen beruhen zum Großteil auf Primärdaten, die

Abbildung 1: Realer Nettoproduktionswert der Versicherungen und Pensionskassen zu Herstellungskosten



freundlicherweise vom Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs, der Oesterreichischen Nationalbank und Statistik Austria laufend zur Verfügung gestellt werden: Die wichtigste Datengrundlage sind die verrechneten Prämien bzw. Leistungen laut Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs (VVO). Daneben werden Quartalsdaten der Oesterreichischen Nationalbank (Bilanzwerte) und von Statistik Austria (Preise, Kfz-Neuzulassungen) berücksichtigt.

Die Berechnungsmethode (Url, 2001) entspricht dem von Eurostat vorgeschriebenen und von Statistik Austria in der Jahresrechnung angewandten Verfahren. Durch das Fehlen bzw. die unvollständige Messung vierteljährlicher Daten sind aber an einigen Stellen abweichende Ansätze notwendig. An die Stelle aktueller Daten, d. h. 90 Tage nach Ablauf des Quartals, treten technische Annahmen und ökonometrische Verfahren, die eine zeitgerechte Publikation der Quartalswerte für den Sektor ermöglichen.

Die Entwicklung des realen Nettoproduktionswertes der Versicherungswirtschaft zu Herstellungskosten zeigt Abbildung 1. Das bestehende Saisonmuster ist nicht sehr deutlich ausgeprägt<sup>1)</sup>. Es entsteht durch vermehrte Abschlüsse der Kfz-Versicherung in der ersten Jahreshälfte, gesteigerte Neuabschlüsse in der Lebensversicherung im IV. Quartal und regelmäßige Leistungsspitzen in der Schaden-Unfallversicherung bzw. der Krankenversicherung.

Zwischen 1988 und 1995 ist die Zeitreihe etwas ruhiger als in der Periode nach 1995. Das hat zwei Ursachen: Erstens wurde das Saisonmuster der Krankenversicherung vor 1995 nur mit konstanten Faktoren zurückgerechnet. Zweitens – vermutlich wichtiger – wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre immer wieder umfangreiche Änderungen die steuerliche Behandlung von Versicherungsprämien im Bereich Leben bzw. Schaden-Unfall und von Kraftfahrzeugen im-

<sup>1)</sup> Die Autokorrelationsfunktion der Veränderung im Jahresabstand zeigt deutliche Ausschläge im IV. Quartal.

### Versicherungsaufsicht ab 2002 in Allfinanzaufsicht integriert

Die Versicherungsaufsicht wird mit 1. April 2002 in eine unabhängige Allfinanz-Aufsichtsbehörde aufgehen. Mit dem Finanzmarktaufsichtsgesetz (BGBl. I 97/2001) wird die bislang getrennte Beaufsichtigung von Kreditinstituten, Versicherungen, Pensionskassen und des Kapitalmarktes in eine Behörde zusammengefasst. Damit soll dem weltweit verbreiteten Trend zur Verschmelzung unabhängiger Finanzanbieter in Allfinanzinstitute Rechnung getragen werden (Lamfalussy, 2001).

Die unabhängige Beaufsichtigung unterschiedlicher Finanzinstitute mit gemeinsamer Risikoquelle steigert das Risiko eines „Dominoeffektes“ im Zuge einer allgemeinen Finanzkrise. Die Ausweitung des Lebensgeschäftes und das starke Wachstum fondsgebundener Produkte machen auch die Versicherungswirtschaft gegenüber systemischen und allgemeinen Risiken auf dem Kapitalmarkt anfälliger. Gegenseitige Beteiligungen zwischen Kreditinstituten und Versicherern und die Aufnahme von Bankenemissionen in das Portfolio der Versicherer erzeugen eine direkte finanzielle Verbindung zwischen beiden Sektoren. Die gesetzlichen Vorgaben für Versicherer zur Streuung der Kapitalanlagen halten das systemische Risiko aber klein.

Die getrennte Aufsicht ist aber auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Geschäftstätigkeit und institutioneller Rahmenbedingungen begründbar (siehe auch *Diewald*, 2001). Die theoretische Begründung für eine Bankenaufsicht zielt auf ein in der Versicherungswirtschaft unbekanntes Phänomen ab: Mit der staatlichen Aufsicht soll die Gefahr einer Systemkrise, in der alle Einleger gleichzeitig Bargeld aus dem Bankensystem abziehen (Kassensturm), vermindert werden. Durch die vergleichsweise kurzfristige Mittelaufnahme (Zwischenbankverpflichtungen, Girokonten, Sparbücher, eigene Emissionen) und die langfristige Mittelvergabe (Kredite) können im Kreditapparat Liquiditätsengpässe entstehen, die im Fall eines Kassensturms wirksam werden und dann in einer Finanzkrise münden.

Das wichtigste Instrument zur Verhinderung des Kassensturms ist die Einlagensicherung. Sie garantiert die Auszahlung eines begrenzten Geldbetrags und unterbindet den Anreiz zur Behebung kleiner Barmittel. Die

Einlagensicherung erzeugt für die teilnehmenden Kreditinstitute jedoch gleichzeitig einen Anreiz zu risikoreicheren Investitionen (*Bhattacharya – Thakor*, 1993) und begründet damit die Tätigkeit der Bankenaufsicht innerhalb des in Österreich gültigen ordnungspolitischen Rahmens. Die Bankenaufsicht soll die Kreditvergabe beaufsichtigen und eine risikoreiche Vergabepolitik rechtzeitig aufdecken, damit negative Folgen für Anleger möglichst verhindert werden.

Auf Versicherer treffen beide Voraussetzungen für die staatliche Aufsicht von Kreditinstituten nicht zu: Es gibt keine Einlagenversicherung von Lebensversicherungen, und in der Versicherungswirtschaft ist die Fristenkongruenz nicht verletzt – langfristig konstanten Einzahlungsströmen und Veranlagungen stehen langfristig planbare Auszahlungen in Form von Einmalzahlungen und laufenden Renten gegenüber. Der vorzeitige Rückkauf von Lebensversicherungen wird mit hohen Abschlägen „bestraft“, und dies vermindert die Wahrscheinlichkeit unvorhergesehener Behebungen. In der Versicherungswirtschaft ist auch die Tätigkeit der Aufsichtsbehörde vollkommen anders gestaltet. Sie übt eine direkte Aufsicht der Kapitalveranlagung aus, d. h. sie kontrolliert die Einhaltung der bestehenden Kapitalveranlagungsvorschriften bzw. überprüft, ob die versicherungstechnischen Rückstellungen in ausreichendem Ausmaß vorhanden sind. Da in der Versicherungswirtschaft genaue Veranlagungsvorschriften bestehen, besteht auch kein Anreiz zur Investition der anvertrauten Mittel in risikoreiche Projekte.

Die Rahmenbedingungen und Anreizmechanismen von Versicherungsunternehmen und Kreditinstituten stimmen derzeit in nur wenigen Punkten überein. Daher muss die gemeinsame Aufsichtsbehörde in den beiden Bereichen unterschiedliche Kontrollverfahren anwenden. Der gemeinsame Vertrieb von Versicherungs- und Bankprodukten über die beiden Vertriebskanäle (Außendienst bzw. Bankschalter) erzeugt noch keine systemischen Risiken. Die erwarteten Synergieeffekte aus der gemeinsamen Kontrolle dürften deshalb klein sein, unter Umständen besteht in der Umstellungsphase durch den organisatorischen Aufwand sogar ein Aufsichtsdefizit.

mer wieder umfangreich geändert. In der Folge schwanken die Prämieinnahmen und damit auch die Bruttoproduktion der Versicherungswirtschaft stark. Diese Fluktuation überträgt sich unvermindert in die Wertschöpfung, weil die Vorleistungen mangels originärer vierteljährlicher Informationen nur mit einem Glättungsverfahren auf die vier Quartale verteilt werden.

### GRENZÜBERSCHREITENDER DIREKTVERTRIEB AUCH 1999 RANDERSCHENUNG

Nach wie vor sind die direkten Aktivitäten ausländischer Versicherungsunternehmen in Österreich vernachlässigbar gering. Die meisten großen europäischen Versicherer sind über eigenständige Unternehmen, die der österreichischen Versicherungsaufsicht unterstehen, tätig. Die

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex 1996 und 2000

	Gewicht im Warenkorb bis 2000	Gewicht im Warenkorb ab 2001	1997	1998	1999	2000	2001 <sup>1)</sup>
	In %		Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Tarifprämien für							
Hausratsversicherung	0,653	0,650	+1,1	+ 0,8	+ 1,0	+4,5	-4,2
Bündelversicherung für Eigenheim	0,452	0,337	+1,2	+ 3,1	+ 1,7	-2,8	+2,7
Krankenzusatzversicherung	1,397	1,294	-3,7	+ 0,1	+ 3,3	+2,9	+4,2
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,091	1,150	+1,2	+ 0,4	+ 1,7	+3,6	+2,1
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,124	0,133	±0,0	± 0,0	+ 0,4	+2,9	+1,7
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,473	0,352	+6,6	-20,7	-11,9	+4,6	+5,2
Privatversicherungsformen insgesamt	4,190	3,914	+0,1	- 1,7	+ 0,5	+2,9	+2,0
Verbraucherpreisindex insgesamt			+1,3	+ 0,9	+ 0,6	+2,4	+2,2
Beitrag der Privatversicherungsformen in Prozentpunkten			+0,00	- 0,07	+ 0,02	+0,12	+0,08

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Jänner bis Juni.

aktuellsten Zahlen für den grenzüberschreitenden Versicherungsvertrieb liegen für 1999 vor und zeigen, dass Versicherer aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) über den direkten Dienstleistungsverkehr bzw. im Rahmen der Niederlassungsfreiheit Prämieinnahmen im Ausmaß von 1% des Marktvolumens erzielten. Der Anteil der Prämieinnahmen österreichischer Versicherer aus dem Vertrieb über diese beiden Schienen entsprach 0,5% des heimischen Prämienaufkommens; insgesamt wurden damit 706 Mio. S eingenommen.

Der Nettoabfluss von Prämieinnahmen im Rahmen der Binnenmarktfreiheiten dürfte nicht das Ergebnis mangelnder Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen sein, sondern wird vor allem durch die geographische Orientierung der Auslandsaktivitäten nach Ost-Mitteuropa bestimmt. Österreichische Versicherer widmen dieser Region wesentlich größere Aufmerksamkeit als vergleichbare Unternehmen aus dem EWR und können dies entsprechend der derzeitigen gesetzlichen Lage nur mit eigenständigen Unternehmen in Ost-Mitteuropa tun. Erst mit der Osterweiterung der Europäischen Union wird der grenzüberschreitende Direktvertrieb möglich; dann aber könnten ebensolche Beharrungstendenzen zur Beibehaltung der einmal gewählten Absatzstrategie führen, wie sie zur Zeit in ganz Europa zu verzeichnen sind.

## VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT VERSTÄRKT ALLGEMEINEN PREIS- AUFTRIEB

Die Phase inflationsdämpfender Binnenmarkteffekte auf dem Versicherungsmarkt ist 2000 offenbar ausgelaufen. Mit einer Preissteigerung von nahezu 3% lag die gemessene Inflation in der Versicherungswirtschaft um ½ Prozentpunkt über der allgemeinen Preisentwicklung (Übersicht 2).

Überdurchschnittliche Preissteigerungen verzeichneten Kfz-Teilkasko- und Hausratsversicherungen. Die ohnehin unglaublich hohen Prämienreduktionen der vergan-

genen zwei Jahre in der Kfz-Teilkaskoversicherung (Url, 2000) kamen 1999 zum Stillstand. Die ersten Daten für das Jahr 2001 zeigen, dass sich die Inflationsdynamik in dieser Sparte wieder an das langfristige Muster anpasst. Nach dem etwas verhaltenen Anstieg 2000 setzten die Krankenversicherer im 1. Halbjahr 2001 deutliche Preissteigerungen durch. Im Gegensatz dazu wurde der Preisanstieg in der Hausratsversicherung aus dem Jahr 2000 im 1. Halbjahr 2001 wieder korrigiert. Da Versicherungsleistungen im neuen Verbraucherpreisindex (VPI 2000) ein etwas geringeres Gewicht haben (3,914 nach 4,190 im Preisindex auf Grundlage des Warenkorbes 1996), wird die bisher gedämpfte Entwicklung des Jahres 2001 etwas vermindert in den allgemeinen Index weitergegeben werden.

Die Verbraucherpreisentwicklung von Versicherungsprodukten deutet an, dass Binnenmarkteffekte nunmehr ihre Wirkung verloren haben. Diese Schlussfolgerung ist aber übereilt, weil die korrekte Preismessung für Versicherungsprodukte schwierig ist. Die Produktdifferenzierung wurde nach der Freigabe der Vertragsbedingungen stark ausgeweitet. Durch die Gewährung von personenbezogenen Rabatten versuchen Versicherer, die Prämien an messbare Risikoklassen anzupassen. In den letzten Jahren hatte dies deutliche Prämienenkungen bei Neuabschlüssen und weitverbreitete Neuverhandlungen bestehender Versicherungsverträge zur Folge. Da die Messung der Preise von Versicherungen nur Standardverträge einbezieht, bleibt die Wirkung der Rabatte in der Inflationsberechnung unberücksichtigt.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Prämie je Risiko berücksichtigt Rabatte, kann jedoch andere Dimensionen des Versicherungsvertrags nur unzureichend beschreiben. So wird die Durchschnittsprämie durch die Höhe der Versicherungssumme bestimmt, sodass ein steigendes Sicherheitsbedürfnis in dieser Analyse als Preissteigerung interpretiert würde. Ein Rückgang der Durchschnittsprämien sollte aber tatsächlich Binnenmarkteffekte widerspiegeln. Übersicht 3 zeigt, dass der seit dem Eintritt in den Binnenmarkt beobachtete rückläufige Trend der Durchschnittsprämien in der Kfz-Haft-

Übersicht 3: Entwicklung der durchschnittlichen Prämie in ausgewählten Schadenversicherungen

	Versicherungssparten				Schaden
	Kfz-Haftpflicht	Kfz-Kasko	Kfz-Insassen	Kfz insgesamt	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1995	-0,5	+ 1,3	+3,8	+0,0	+3,1
1996	-2,8	- 1,6	-0,9	-2,6	+0,1
1997	-4,6	- 6,3	-1,8	-5,4	-1,3
1998	-8,9	-10,5	-1,9	-9,7	-0,6
1999	-7,5	- 8,9	+3,0	-7,2	-0,3
2000	-1,5	+ 1,1	+2,7	+0,2	+4,2

Q: Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs.

pflichtversicherung 2000 – wengleich verlangsamt – anhält. In den beiden verbundenen Sparten Kfz-Kasko- und Insassenunfallversicherung wurde die Durchschnittsprämie leicht erhöht. Insgesamt stagnierte 2000 die Durchschnittsprämie in der Kfz-Versicherung.

Im Jahr 2000 entstand für Fahrzeughalter durch den EU-Beitritt eine jährliche Ersparnis von 1.060 S. Sie folgt aus dem Unterschied zwischen der durchschnittlichen Kfz-Haftpflichtprämie im Jahr 1994 und der Durchschnittsprämie des Jahres 2000. Weitere Prämiensenkungen können in der näheren Zukunft nicht erwartet werden, weil hohe Versicherungsleistungen das versicherungstechnische Ergebnis der gesamten Branche 2000 erheblich schwächten.

Im Juni 2000 wurde die motorbezogene Versicherungssteuer deutlich erhöht. Dadurch stieg die durchschnittliche Belastung der Kfz-Haftpflichtprämie mit dieser Steuer gegenüber 1999 um 45% auf jährlich 2.605 S. Wenn die Kreuzpreiselastizität<sup>2)</sup> zwischen den Bruttopreisen von Kfz-Haftpflichtversicherungen und anderen Kfz-Versicherungen negativ ist, müsste theoretisch die Nachfrage nach komplementären Versicherungen 2000 und 2001 zurückgehen. Tatsächlich stagnierte die Zahl der Risiken in der Insassenunfallversicherung 2000 (+0,3%); in der Kfz-Kaskoversicherung nahm sie aber um 6% zu, während sie in der Kfz-Haftpflicht-Versicherung um 0,9% stieg. Diese Reaktion der Konsumenten kann verschiedene Gründe haben: Entweder wird die motorbezogene Versicherungssteuer nicht als Bestandteil des Versicherungspreises empfunden, oder sie bildet nur einen kleinen Teil der Kfz-Kosten und bleibt daher unbemerkt. Unter Umständen wurden auch andere mit dem Kfz-Betrieb verbundene Kosten eingeschränkt. Schließlich könnten die Auswirkungen der Preiserhöhung mit Verzögerung spürbar werden, oder die Kreuzpreiselastizität liegt nahe null, d. h. die Nachfrage nach Zusatzprodukten in der Kfz-Versicherung ist unabhängig vom Bruttopreis der Haftpflichtversicherung.

<sup>2)</sup> Die Kreuzpreiselastizität beschreibt die Auswirkung der Preiserhöhung eines Gutes auf die Nachfrage nach anderen Gütern. Wenn die Kreuzpreiselastizität positiv ist, steigt die Nachfrage anderer Güter nach einer Preiserhöhung (Substitute); eine negative Kreuzpreiselastizität zeigt, dass Preissteigerungen einen Nachfrageausfall bewirken (Komplementäre).

Übersicht 4: Lebensversicherung

	Brutto- prämien	Netto- prämien <sup>1)</sup>	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanzge- barung	Aufwendun- gen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versiche- rungstechni- schen Rück- stellungen
Abgegrenzt	Nettoprämien in % der Bruttoprämien					
	Mio. S				Mio. S	
1996	60.756	56.861	93,6	23.184	30.042	39.950
1997	51.089	47.928	93,8	25.932	39.318	24.091
1998	56.515	53.103	94,0	27.373	38.888	30.330
1999	65.988	62.444	94,6	28.110	41.049	38.752
2000	74.139	70.377	94,9	30.232	44.042	42.567

	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
1996	+29,6	+29,1	-0,3	+ 9,8	+ 8,6	+40,8
1997	-15,9	-15,7	+0,2	+11,9	+30,9	-39,7
1998	+10,6	+10,8	+0,2	+ 5,6	- 1,1	+25,9
1999	+16,8	+17,6	+0,7	+ 2,7	+ 5,6	+27,8
2000	+12,4	+12,7	+0,3	+ 7,6	+ 7,3	+ 9,8

Q: Bundesministerium für Finanzen. – <sup>1)</sup> Geschätzt.

## ANHALTEND HOHES WACHSTUM IN DER LEBENSVERSICHERUNG

Das Wachstum der Prämieinnahmen schloss in der Lebensversicherung 2000 an das Ergebnis des Vorjahres an – mit einer Zunahme um etwa ein Achtel war die Dynamik des Lebensversicherungsgeschäftes nur geringfügig schwächer (Übersicht 4). Die Versicherungswirtschaft profitiert zur Zeit von vier stabilen Rahmenbedingungen:

- Die Rendite festverzinslicher Staatsanleihen liegt nach wie vor deutlich unter den Gewinnversprechen inländischer Lebensversicherer.
- Lebensversicherungsprodukte erzielen durch den niedrigen Anteil von Beteiligungspapieren im Investitionsportfolio und durch ihre langfristige Natur einen vergleichsweise risikoarmen Ertrag. Sie können damit die Nachfrage österreichischer Haushalte nach risikoarmen Anlageprodukten decken.
- Die laufende Diskussion über eine leistungsseitige Reform des öffentlichen Pensionssystems schafft ein Klima der Unsicherheit, von dem kapitalgedeckte Vorsorgesysteme profitieren.
- Zur Zeit ergibt sich ein positiver demographischer Einfluss durch das Vorrücken geburtenstarker Jahrgänge in höhere Altersstufen. Mit zunehmendem Alter wächst das Vermögen privater Haushalte überproportional, sodass die Nachfrage nach Veranlagungsprodukten steigt.

Im Neugeschäft der Lebensversicherung dominiert nach wie vor die Kapitalversicherung (Einzelversicherung). Mit etwa 530.000 Policen wurden 2000 um 10,7% mehr Verträge abgeschlossen als im Vorjahr. Dennoch erlangt das eigentliche Altersvorsorgegeschäft eine immer größere Bedeutung. In der Renten- und Erlebensversicherung wuchs die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge im Jahr 2000 um 7,2%. Die durchschnittliche jährliche Prämie der etwa 1,2 Mio. Verträge in der Renten- und



Erlebensversicherung erhöhte sich von 17.400 S (1999) auf 18.600 S (2000). Damit erreichten die Einnahmen der direkt der Altersvorsorge zurechenbaren Versicherungsprodukte nahezu 30% der gesamten Prämieinnahmen in der Lebensversicherung.

Die Pensionszusatzversicherung wurde mit 1. Jänner 2000 eingeführt und war 2000 mit einer staatlichen Förderung im Ausmaß von 3,5% des eingezahlten Beitrags verbunden (bis zu einer Beitragsobergrenze von jährlich 1.000 €). Die Prämie wird entsprechend der Formel für Bausparprämien jährlich angepasst und wird 2001 4,5% betragen. Insgesamt wurden im ersten Geschäftsjahr rund 63,1 Mio. S in diese Altersvorsorgeform eingezahlt. Der verhaltene Beginn dieses Produktzyklus wird weniger als Anlaufschwierigkeit erachtet, sondern eher den starren Begleitregeln für Pensionszusatzversicherungen zugerechnet. Ab 2001 wird vom Staat für Pensionszusatzversicherungen zusätzlich eine Förderung von 5,5% jährlich ausgezahlt. Dieser zweite Teil der staatlichen Förderung ist ein Ergebnis der Steuerreform 2001. Er soll die Verringerung des Arbeitnehmerabsetzbetrags auf die Hälfte – zweckgebunden für Altersvorsorgeaufwendungen – kompensieren.

Der gesetzliche Höchstrechnungszinssatz für die Bedeckung versicherungstechnischer Rückstellungen wurde mit 1. Juli 2000 auf 3,25% gesenkt. Mit diesem Schritt trug die Versicherungsaufsicht dem im langfristigen Vergleich niedrigen Renditeniveau festverzinslicher Anleihen Rechnung. Da die im Stabilitätspakt festgeschriebene europaweite Konsolidierungspolitik der öffentlichen Hand auch in Zukunft eine Einschränkung des Angebotes an risikoarmen Anlageformen mit sich bringen wird, erscheint dieser Schritt angebracht. Gleichzeitig erfordert der höhere Aktienanteil im Portfolio der Versicherer größere Vorsicht. Hohe Ertragschwankungen dieser Anlageform machen Episoden mit besonders niedrigen Kapitalerträgen wahrscheinlicher. In der Prämienkalkulation der Lebensversicherer wird dies eine Senkung der versprochenen Gesamtrendite für Lebensversicherungsprodukte zur Folge haben.

Das Wachstum der Aufwendungen für Versicherungsfälle festigt sich nach den starken Schwankungen Mitte der neunziger Jahre wieder bei +6% bis +7%. Den Großteil der Leistungen machen Auszahlungen von Kapitalversicherungen aus. Lediglich 4% der Leistungen bzw. 1,7 Mrd. S wurden 2000 in Rentenform ausbezahlt.

### KRANKENZUSATZVERSICHERUNG VON PREISERHÖHUNGEN GEKENNZEICHNET

Die Zunahme der Prämieinnahmen in der Krankenversicherung ist wie im Vorjahr auf Preiserhöhungen zurückzuführen. Die Zahl versicherter Risiken betrug im Jahr 2000 2,6 Mio.; nach wie vor etwa genießt somit

Übersicht 5: Private Krankenversicherung

	Brutto- prämien	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle <sup>1)</sup>	Schaden- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
Abgegrenzt	In % der Bruttoprämien				
	Mio. S			Mio. S	
1996	15.693	12.694	80,9	1.754	2.353
1997	15.358	12.462	81,1	1.967	2.352
1998	15.340	12.689	82,7	1.945	2.171
1999	15.585	12.789	82,1	1.738	2.015
2000	16.020	13.246	82,7	2.025	2.149
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1996	-1,8	-2,6	-0,8	+ 6,5	+7,5
1997	-2,1	-1,8	+0,3	+12,2	-0,0
1998	-0,1	+1,8	+1,9	- 1,1	-7,7
1999	+1,6	+0,8	-0,8	-10,7	-7,2
2000	+2,8	+3,6	+0,8	+16,5	+6,6

Q: Bundesministerium für Finanzen. – <sup>1)</sup> Einschließlich Prämienrückerstattung.

ein Drittel der österreichischen Bevölkerung eine Zusatzversicherung. Die Stagnation der Zahl der Risiken verdeckt eine mittlerweile zwei Jahre bestehende Entwicklung innerhalb der Krankenversicherung: Während in der Einzelversicherung die Zahl der unter Vertrag genommenen Risiken stetig sinkt, kann sie in der Gruppenversicherung erhöht werden. Die Krankenzusatzversicherung scheint sich demnach vom Standardprodukt zu einem Luxusprodukt zu entwickeln. Private Haushalte nehmen offenbar den hohen Preis für freie Arztwahl und Übernahme der Hotelkosten im Krankenhaus in immer geringerem Umfang in Kauf. Gleichzeitig bieten Unternehmen innerhalb einer Gruppenversicherung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern diese außerhalb des Kollektivvertrags liegende Zusatzleistung.

Die Leistungen der privaten Krankenversicherung umfassen vorwiegend den Ersatz von Arzthonoraren und Hotelkosten in den Spitälern. Sie sind damit direkt von der Entwicklung der allgemeinen Spitalskosten abhängig. Gemäß den vorläufigen Gebarungsergebnissen der öffentlichen Krankenversicherung nahmen die Ausgaben für ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen 2000 um 3,8% zu, während die Verpflegskosten und sonstigen Leistungen in der Anstaltspflege um 3,3% höher waren. Da 2000 keine Sondereffekte zum Tragen kamen, liegt der Zuwachs der Leistungen privater Krankenversicherer mit 3,6% im Bereich der öffentlichen Vorgaben (Übersicht 5).

Die Privatversicherer beklagen eine Zunahme der Leistungsfälle im Gefolge der Einführung des leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierungssystems (LKF; *Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs*, 2001). Dieses System macht die Zahlungen der Sozialversicherung an Spitäler von Normvorgaben für genau definierte Eingriffe abhängig. Dies birgt einen Anreiz zur Trennung von Behandlungen in mehrere Schritte in sich, sodass ein Spital anstatt eines langen Krankenhausaufenthaltes mehrere kurze Aufenthalte bevorzugt. Für private Versi-

cherer wird die resultierende Verringerung der durchschnittlichen Belegsdauer durch die Steigerung der Fallzahlen (2000 +2,9%) überkompensiert. Die Mengensteigerung in der privaten Zusatzversicherung liegt damit etwas über der allgemeinen Zunahme der Spitalsfälle von 2,6% (2000).

Nach wie vor wird in Österreich die Diskussion über die Lockerung der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung und die Öffnung dieses Bereichs für Privatanbieter geführt. Der Standpunkt der Versicherungswirtschaft hat sich nunmehr präzisiert. Ein Anbot zur privaten Versicherung wird nur für bestimmte Berufsgruppen erwogen (Selbständige, Bauern, Freiberufler). Der mögliche Wettbewerb um Versicherungspflichtige außerhalb dieser Berufsgruppen sollte daher eher auf die öffentlichen Versicherungsanstalten bzw. ausländischen Anbieter konzentriert sein.

## KRÄFTIGE LEISTUNGS-AUSWEITUNG VERSCHLECHTERT ERGEBNIS IN DER SCHADENVERSICHERUNG

Die Schaden-Unfallversicherung erzielte auch 2000 ein mäßiges Prämienwachstum (Übersicht 6). Wie schon in der Analyse der Preisentwicklung besprochen, wurden – mit Ausnahme der Bündelversicherung für Eigenheime – in allen im VPI erhobenen Sparten Preissteigerungen durchgesetzt. Die Bedeutung der Preiserhöhungen für das Prämienwachstum wird durch die Entwicklung der versicherten Risiken bestätigt: Sowohl in der Sach- (-1,2%) als auch in der Unfallversicherung (-2,3%) verringerte sich die Zahl versicherter Risiken 2000 gegenüber dem Vorjahr. Besonders ausgeprägt war der Rückgang in der Transportversicherung (-32,4% bzw. -402.000 Risiken). Die Entwicklung des Groß- und Außenhandels verlief 2000 keineswegs katastrophal, sodass dieser Schrumpfungsprozess eine Änderung des Absicherungsverhaltens widerspiegelt. Entweder sind Spediteure in höherem Ausmaß bereit, das Ausfallsrisiko auf eigene Rechnung zu tragen, oder es gelang ausländischen Versicherungen im Direktvertrieb innerhalb eines Jahres ein erstaunlicher Gewinn von Marktanteilen. Schließlich könnten auch häufiger Pauschalversicherungen eingesetzt worden sein.

Die überdurchschnittlich hohe Ausweitung der Versicherungsleistungen 2000 entstand durch die Schäden im Gefolge des Wintersturmes „Lothar“, die Hagelunwetter zur Jahresmitte und die Dürre in Ostösterreich mit zahlreichen Bränden. In der Kfz-Versicherung beruhigte sich die Schadenentwicklung nach dem turbulenten Vorjahr. Mit Ausnahme der Kaskoversicherung, die durch Hagelschäden zusätzliche Leistungsfälle zu verzeichnen hatte, gingen die Schadensfälle deutlich zurück. Insgesamt stieg die Schadenquote in der direkten und indirekten Versicherung von 69% (1999) auf 80,2% (2000). Be-

### Übersicht 6: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Selbstbehalt- quote		Überschuss aus der Finanzge- barung	Versicherungs- leistungen brutto	Erhöhung der versiche- rungstechni- schen Rück- stellungen
		Gesamtgeschäft	Inländisches Direktgeschäft			
	Mio. S	In %		Mio. S		
1996	86.987	68.321	75,1	7.320	54.015	596
1997	89.779	68.787	74,5	8.261	58.468	448
1998	87.216	68.751	76,2	6.379	58.899	605
1999	89.324	68.863	72,7	9.626	61.617	532
2000	92.222	70.233	71,7	9.803	74.169	478
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1996	+4,1	+2,4	-1,6	+15,5	+ 6,5	+ 7,5
1997	+3,2	+0,7	-0,8	+12,9	+ 8,2	-24,8
1998	-2,9	-0,1	+2,3	-22,8	+ 0,7	+34,8
1999	+2,4	+0,2	-4,6	+50,9	+ 4,6	-12,0
2000	+3,2	+2,0	-1,5	+ 1,8	+20,4	-10,3

Q: Bundesministerium für Finanzen.

sondere Aufmerksamkeit verdient die überaus große Zahl von Versicherungszweigen mit einer Schadenquote über 100% – die ausgezahlten Leistungen überstiegen dort die laufenden Prämieinnahmen. Dazu zählten 2000 die Kfz-Fahrzeug- (103,9%), die Feuer-Industrie- (130,9%), die Feuer-Betriebsunterbrechungs- (104,7%), die Sturmschaden- (239,4%) und die Hagelversicherung (117%).

Dem Schadenverlauf entsprechend wurde der Nettoabbau versicherungstechnischer Rückstellungen fortgesetzt. Diese Entwicklung wurde vermutlich durch eine weitere Folge der Steuerreform verstärkt: Die Bildung von Schwankungsrückstellungen war rückwirkend für das Jahr 2000 nur mehr zu 50% steuerlich vom Ertrag absetzbar. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen werden nur mehr zu 80% steuerlich anerkannt. Dies verschlechtert die Ertragslage der Versicherer. Das versicherungstechnische Ergebnis verringerte sich in der Schaden-Unfallversicherung trotz der guten Prämienentwicklung weiter von -5,4 Mrd. S (1999) auf -8,2 Mrd. S (2000). Dieser Verlust übertrug sich in das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesamtbranche und verursachte eine Schmälerung um 2 Mrd. S auf 3,03 Mrd. S (2000). Unter diesen Umständen wird ein gutes Asset-Liability-Management in der österreichischen Versicherungswirtschaft immer wichtiger (Schweizer Rück, 2000A).

## VERSICHERER STEIGERN INVESTI- TIONEN IN AKTIEN WEITER

Die Zuwachsrate der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen betrug in den letzten Jahren etwas über 5% und war mit deutlichen Portfolioumschichtungen verbunden. Die Barbestände wurden weitgehend auf niedrigem Stand optimiert und die Forderungen zunehmend in trierte Wertpapiere umgeschichtet. Dazu trug teilweise

Übersicht 7: Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Guthaben bei Kreditunternehmen		Wertpapiere		Darlehensforderungen, Polizzen-darlehen	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Sonstige Kapitalanlagen	Kapitalanlagen insgesamt (ohne Depoforderungen)
	Insgesamt		Festverzinsliche Wertpapiere	Anteilswerte					
Mio. S									
1996	7.765	220.739	154.946	65.794	193.016	42.380	42.331	256	506.488
1997	8.030	252.885	172.092	80.793	187.160	42.941	56.893	823	548.731
1998	7.166	297.797	179.155	118.642	175.651	45.956	49.798	749	577.117
1999	4.728	349.727	201.940	147.787	162.253	46.585	49.129	859	613.281
2000	5.114	385.938	213.426	172.513	151.835	47.582	55.610	1.043	647.123
Anteile in %									
1996	1,5	43,6	30,6	13,0	38,1	8,4	8,4	0,1	100,0
1997	1,5	46,1	31,4	14,7	34,1	7,8	10,4	0,1	100,0
1998	1,2	51,6	31,0	20,6	30,4	8,0	8,6	0,1	100,0
1999	0,8	57,0	32,9	24,1	26,5	7,6	8,0	0,1	100,0
2000	0,8	59,6	33,0	26,7	23,5	7,4	8,6	0,2	100,0

Q: Bundesministerium für Finanzen.

die neue Emissionspolitik der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur bei, die hochverzinsten Darlehen an Kreditinstitute und Versicherungen vermeidet und statt dessen niedriger verzinsten Staatsanleihen begibt. Der Rückgang der Darlehensforderungen und der Anstieg des Anteils festverzinslicher Wertpapiere im Versicherungsportfolio in den letzten Jahren ist auf diese geänderte Angebotspolitik zurückzuführen. Die anhaltende Ausweitung der Anteilspapiere auf nunmehr knapp über ein Viertel des zu veranlagenden Kapitals kann jedoch als Tendenz zur risikoreicheren Investitionspolitik der Versicherer verstanden werden (Übersicht 7), selbst wenn etwa die Hälfte dieser Papiere Rentenfonds sind.

Angesichts der langfristigen Veranlagungshorizonte in der Lebensversicherung und der überdurchschnittlichen Risikoprämie für die Veranlagung in Aktien ergibt ein verstärktes Engagement der Versicherer in dieser Veranlagungsform durchaus Sinn. Trotz der großen Schwankungen von Aktienkursen kann langfristig mit dieser Veranlagung eine höhere Rendite erzielt werden. Die Gefahr höherer Schwankungen der Kapitalerträge von Versicherern liegt in der mangelnden Abstimmung zwischen Veranlagungshorizont und Fristigkeit der Auszahlungsverpflichtungen. Hohe Gewinnversprechungen, die angesichts ausländischer Konkurrenz mit jahrelanger Erfahrung im Wertpapiermanagement getätigt wurden, können sowohl die Ertragslage der Unternehmen als auch das Vertrauen der Versicherungsnehmer untergraben.

Die Schwierigkeiten, denen sich die österreichische Versicherungswirtschaft derzeit gegenüber sieht, lassen sich an der weltweiten Kurskorrektur von Aktienmärkten nachvollziehen. Der Morgan Stanley Capital Index sank 2000 um 13% und bis Anfang Oktober 2001 um weitere 22%. Ein durchschnittlicher Wertverlust in dieser Größenordnung erzeugt hohe Anforderungen an die Kapitalverwaltung. Der österreichischen Versicherungswirtschaft gelang 2000 eine erstaunliche Fortsetzung der erfolgreichen Veranlagungsergebnisse des Vorjahres. Mit 7,3% konnte trotz Ausweitung des Aktienanteils und allgemei-

nen Kursrückgangs die Rendite versicherungstechnischer Kapitalanlagen in der Lebensversicherung konstant gehalten werden. Sowohl in der Kranken- als auch in der Schaden-Unfallversicherung wurde sogar eine Steigerung erzielt. Der positive Abstand zur Sekundärmarkrendite für österreichische Bundesanleihen verringerte sich allerdings um 1,2 Prozentpunkte (Übersicht 8).

LITERATURHINWEISE

Bhattacharya, S., Thakor, A. V., „Contemporary Banking Theory“, Journal of Financial Intermediation, 1993, 3, S. 2-50.

Diewald, R., „Aufsichtsbehörden: Alle zusammengelegt!“, Versicherungswirtschaft, 2001, 56, S. 1008-1012.

Lamfalussy, A., Final Report of the Committee of Wise Men on the Regulation of European Securities Markets, European Commission, Brüssel, 2001.

Schweizer Rück (2000A), „Asset Liability Management für Versicherer“, Sigma, 2000, (6), <http://www.swissre.com/>.

Schweizer Rück (2000B), „Assekuranz Global 1999: Höhenflug der Lebensversicherung“, Sigma, 2000, (9), <http://www.swissre.com/>.

Url, Th., „Bereich Leben stützt 1999 Wachstum der Privatversicherungswirtschaft“, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(10), S. 627-633.

Url, Th., Die Versicherungswirtschaft in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach ESVG 1995, Studie des WIFO im Auftrag des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs, Wien, 2001.

Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs, „Österreichs Assekuranz im Jahr 2000“, Versicherungsrundschau, 2001, (9), S. IV.

Übersicht 8: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
		In %		
1995	6,5	8,2	6,6	5,3
1996	5,3	7,9	6,5	5,7
1997	4,8	8,0	6,6	5,9
1998	4,3	7,7	6,2	4,4
1999	4,1	7,3	5,6	6,7
2000	5,3	7,3	6,6	6,8

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.



*Casualty Insurance Dampens Profit Situation of the Insurance Industry in 2000 – Summary*

In 2000, private insurance companies achieved a premium growth similar to their successful performance in the previous year. All insurance categories once again recorded a boost in their sales. Life insurance continues to be the sector's main engine. At a growth rate of one eighth, the share of premium revenues from life insurance was pushed up to almost 41 percent. Similar to 1999, the framework within which the private insurance business operated in 2000 was characterised by the great demand evinced by private households for capital-funded life insurance products, the still noticeable gap in yield between life insurance products and alternative investments in the bond market, stagnation in the health insurance business and brisk competition in property-liability insurance.

In spite of excellent sales, a substantial increase in payments for property-liability insurance claims has had a negative impact on the profitability of private insurance companies, a trend further aggravated by another consequence of the tax reform package: retroactively for 2000, allocations to the equalisation reserve were deductible from the profit at a rate of only 50 percent. Reserves for pending cases and other technical re-

serves are tax-deductible at just 80 percent, all of which affects the insurers' earnings position. The underwriting result for property-liability insurance continued its declining trend from ATS –5.4 billion (1999) to ATS –8.2 billion (2000), in spite of the growth in premiums. The loss is reflected in the result on ordinary activities for the industry in general, reducing it by ATS 2 billion down to ATS 3.03 billion (2000).

Considering these circumstances, Austrian insurers need to concentrate even more on their asset/liability management. The yield from actuarial investments in property-liability insurance indicates that insurers gained in earning power in 2000. It still remains to be seen whether their liquidity is at risk in the event of accumulated losses. Generally and interestingly, the Austrian insurance industry was able to continue its excellent investment performance of 1999. At 7.3 percent, the yield of actuarial investments in life insurance was kept constant, in spite of an increase in the exposure to stock markets and their general decline in valuation. Nevertheless, the positive gap against the secondary market yield for Austrian federal bonds slipped by 1.2 percentage points.



## Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung

Das transnational organisierte Projekt PREPARITY verfolgt das Ziel, die politisch Verantwortlichen in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze auf die EU-Erweiterung vorzubereiten.

Auf der Grundlage wissenschaftlicher Analysen – realisiert in 16 Teilprojekten – werden wirtschafts- und regionalpolitisch relevante Entscheidungshilfen zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) ausgearbeitet. PREPARITY liefert zudem den Hintergrund für ein strategisches Grobkonzept zur wirtschaftlichen Raumentwicklung und -planung für die Grenzregionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze. Geographisch konzentriert sich die Untersuchung auf österreichische, deutsche und italienische Regionen an der EU-Außengrenze. Von den Nachbarstaaten werden die 5 Länder des mitteleuropäischen Raums (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) miteinbezogen.

Der interdisziplinäre Ansatz des Projekts (Ökonomie, Raumplanung bzw. Geographie) garantiert, dass im Bereich der Politikberatung für die Entscheidungsträger eine Vielfalt an Instrumenten zur Verfügung stehen wird und das Grobkonzept in hohem Maß operationalisierbar ist. Die Ergebnisse der länderbezogenen Projektteile werden zu einem transnationalen Gesamtergebnis zusammengeführt und im Jahr 2001 abschließend präsentiert.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC • Förderträger: Ämter der Landesregierungen Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien sowie Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit • Koordination: Peter Mayerhofer, Gerhard Palme

Kostenloser Download: <http://preparity.wsr.ac.at/>

### **Teilprojekt 6/1: Sachgüterproduktion und Dienstleistungen: Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen**

Peter Mayerhofer, Gerhard Palme • 2001 • 300 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 6/2: Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft: Ausgangslage, Folgen der Erweiterung und mögliche Strategien**

Matthias Schneider • 2001 • 84 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 9: Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt**

Peter Huber (WIFO), Helmut Hofer (IHS) • 2001 • 100 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 10: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung**

Peter Huber • 2001 • 110 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 12: Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder**

Fritz Breuss • 2001 • 42 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 12/2: Die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den österreichischen Staatshaushalt**

Fritz Breuss, Gerhard Lehner • 2001 • 18 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07